

Der Ausschussvorsitzende, RM Herr Dr. Unna, fragt, ob es seit Erstellung der Vorlage einen neueren Sachstand gebe und bittet darum, die Beantwortung auch dem Ausschuss Umwelt und Grün sowie dem Bauausschuss zur Verfügung zu stellen. *(für die Sitzung am 03.07.2017 eingestellt)*

Weiterhin fragt er, ob für eine Verlegung der Straße als Neubau ein neuer Beschluss erforderlich sei. Er würde sich aufgrund der dann wohl entstehenden erheblichen Mehrkosten eine Beteiligung der zuständigen Gremien wünschen.

Der Leiter des Amtes für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau, Herr Neweling, nimmt die Aussage, dass ein Neubau eines neuen Beschlusses bedürfe, mit, weist aber darauf hin, dass es nach den aktuellen Planungen so aussehe, als dass die Straße erhalten bleiben könne. Er gehe weiterhin davon aus, dass bis Ende des Monats weitere Untersuchungsergebnisse zur Verfügung stünden, so dass es mit den Baulosen 4a und 4b weitergehen könne. Es sei geplant, noch vor der Sommerpause alle 3 betroffenen Ausschüsse darüber zu informieren.

Der Ausschuss Umwelt und Grün sei bereits zu diesem Sachstand informiert worden, für den Bauausschuss werde dies nachgeholt.

Weiterhin teilt er mit, dass es seit der Erstellung der Vorlage vor etwa 14 Tagen keinen neuen Sachstand gebe.

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

### **3       Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **3.1      Cannabis als Medizin: Bietet die Stadt Fortbildungen für Kölner Ärztinnen und Ärzte? AN/0729/2017**

SE Herr Edis fragt, ob der Verwaltung bekannt sei, wie viele Ärztinnen und Ärzte bereits cannabinoide Therapien durchführten und ob die Verwaltung hier eine Versorgungslücke durch einen höheren Bedarf sehe.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, beantwortet die Fragen mündlich wie folgt:

Die Verwaltung habe keine Kenntnis, wie viele Patienten betroffen seien, da die Verwaltung in diesem strukturierten Verfahren nicht involviert sei. Auch die Bundesopiumstelle erhebe keine solchen Daten.

Es gebe keine Anfragen von Patienten an das Gesundheitsamt. Es habe lediglich eine Anfrage eines Journalisten für eine Selbsthilfegruppe gegeben, der angefragt habe, warum es in Köln keine ähnliche Veranstaltung wie in Frankfurt gebe. Diese Thematik betreffe in erster Linie die Ärztekammer und die Kassenärztliche Vereinigung. Auf deren Internetseiten gebe es umfangreiches Informationsmaterial. Auch die Apothekerkammer berate in komplexen und schwierigen Fällen, da zwar jeder Arzt grundsätzlich verschreiben könne, aber gerade bei Cannabis-Verordnungen entsprechende pharmakologische Kenntnisse haben sollte.

Insgesamt ergebe sich nach ihren Recherchen in Deutschland kein einheitliches Bild zum Umgang mit dieser Thematik. Sie macht bezüglich der Veranstaltung in Frankfurt noch auf die Kosten (20.000 €) und auf die dort geplante Studie (150.000 €) aufmerksam.

Die Ärztekammer Nordrhein und die Kassenärztliche Vereinigung planten in diesem

Jahr noch eine Veranstaltung. Die Stadt Köln werde diese Veranstaltung unterstützen, sei aber nicht in der Pflicht, eine eigene Veranstaltung durchzuführen. Sie sehe hier aber gute Chancen auf eine Zusammenarbeit, zumal sie selbst Vorsitzende des zuständigen Ausschusses der Ärztekammer Nordrhein sei.

Zu den Zusatzfragen von SE Herrn Edis führt sie aus, dass die Zahl der Ärztinnen und Ärzte, die Cannabis verordnen nicht bekannt sei und dass jede Ärztin /jeder Arzt Cannabis als Medikation verschreiben dürfe. Andere entsprechende Fragestellungen seien noch nicht an die Verwaltung herangetragen worden, würden aber im Rahmen der Möglichkeiten behandelt.

Die schriftliche Anfrage der Piratengruppe werde somit zum Protokoll beantwortet.

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

#### **4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Keine

#### **5 Beschlussvorlagen**

##### **5.1 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz 0988/2017**

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln beschließt,

Herrn Eric Kerwel für die Pflegeversicherung  
(bisher Herr Bernd Kebbekus)

zum **Mitglied** der Kommunalen Gesundheitskonferenz zu berufen

und

Herrn Bernd Kebbekus für die Pflegeversicherung  
(bisher Herr Andreas Ratajczak),

Herrn Dr. Dr. Herbert Mück für die Seniorenvertretung  
(bisher Frau Felicitas Vorpahl-Allweins),  
Frau Karen Nespethal für das Netzwerk Gesundheitsbildung  
(bisher Frau Dr. Eike Quilling) sowie  
Herrn Dr. Metin Bagli für die Migrantinnen und Migranten

zu **stellvertretenden Mitgliedern** der Kommunalen Gesundheitskonferenz zu berufen.

Die Bestellung der genannten bisherigen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder wird aufgehoben.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.